

07.02.2017
Sperrfrist: keine

Interoperabilität statt Zentralisierung

Vitako veröffentlicht Stellungnahme zum Digitalisierungsprogramm des IT-Planungsrates

Berlin, 7. Februar 2017. In seiner Sitzung am 13. Oktober 2016 entschied der IT-Planungsrat, dass Bürger und Unternehmen möglichst viele ihrer Anliegen bei einer Anlaufstelle der Verwaltung erledigen können. Dafür wurde ein neues Digitalisierungsprogramm mit dem Titel „Digitale Verwaltung.Jetzt“ aufgelegt. Bis 2018 sollen konkrete Projekte mit hohem Nutzen für Bürger und Unternehmen beispielhaft umgesetzt werden, um anschließend flächendeckenden Einsatz zu finden.

Vitako hält insbesondere die Motivation für ein beschleunigtes Handeln beim E-Government für begrüßenswert und unterstützt die Zielsetzung, nutzerfreundliche digitale Verwaltungsdienstleistungen für alle Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft über eine interoperable föderale IT-Infrastruktur anzubieten. Auch die Standardisierung von Prozessen und Schnittstellen hält die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister für konstruktiv. Allerdings macht sich das Programm für zentrale Lösungen stark, die die vielen vorhandenen kommunalen E-Government-Lösungen negieren und viele Anstrengungen von Kommunen und kommunalen IT-Dienstleistern zunichte machen. Angestrebt werden offensichtlich zentrale IT-Lösungen „aus einer Hand“ – der Hand des Bundes.

In einer ausführlichen Stellungnahme macht Vitako darauf aufmerksam, dass sich hieraus viele Fragen und Probleme sowohl wettbewerbsrechtlicher, kartellrechtlicher als auch sicherheits- und kostenrelevanter Natur ergeben. Vitako hält eine Zentralisierung für ausgesprochen problematisch. „Wir plädieren dafür, juristisch, organisatorisch und technisch interoperable und vernetzte Lösungen zu kreieren oder weiterzuentwickeln, wie es sie in der existierenden föderalen IT-Infrastruktur zuhauf gibt. Nur so können Bund, Länder und Kommunen gemeinsam das Ziel des IT-Planungsrates erreichen, in Deutschland eine interoperable E-Government-Landschaft in einer föderalen IT-Infrastruktur zu schaffen“, erklärt Vitako Geschäftsführerin Dr. Marianne Wulff.

Gerade auf kommunaler Ebene hat die Zusammenarbeit im IT-Bereich lange Tradition. Bündelungen von IT in gemeinsamen Einrichtungen und eine immer intensivere Zusammenarbeit der IT-Dienstleister gewährleisten, dass die IT in Kommunen bezahlbar, beherrschbar und sicher ist. Und daher muss interoperabel und vernetzt heute übersetzt werden mit „Wenige für Viele“ – so Marianne Wulff.

Zur Stellungnahme: <http://www.vitako.de/SitePages/Positionen.aspx>

PRESSEKONTAKT:

Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. – Pressesprecherin: Dr. Marianne Wulff – Markgrafenstraße 22 - D-10117 Berlin - Tel.: 030-20631560 - Fax.: 030-2063156 22 – E-Mail: presse@vitako.de - www.vitako.de

PRESSEINFORMATION



07.02.2017

Sperrfrist: keine

Vitako ist die Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister. Mehr als 55 Rechenzentren, Software- und Serviceunternehmen mit knapp 12.000 Beschäftigten aus 14 Bundesländern bündeln in dem rechtsfähigen Verein ihr Know-how und stellen es den Kommunen zur Verfügung. Vitako bietet Erfahrungsaustausch und Networking in circa 20 Arbeitsgruppen, regelmäßige Informationsveranstaltungen, aktuelle Informationen zu Fachthemen, Empfehlungen und Stellungnahmen für Mitglieder, die Fachöffentlichkeit und politische Entscheidungsträger. Der Verein berät und unterstützt die Kommunalen Spitzenverbände bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in zahlreichen Fragen der Informations- und Kommunikationstechnik. Insgesamt betreuen die Mitgliedsunternehmen über 630.000 IT-Arbeitsplätze in mehr als 10.000 Kommunen und generieren ein jährliches Umsatzbrutto von knapp zwei Milliarden Euro.

PRESSEKONTAKT:

Vitako – Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.V. – Pressesprecherin: Dr. Marianne Wulff – Markgrafenstraße 22 - D-10117 Berlin - Tel.: 030-20631560 - Fax.: 030-2063156 22 – E-Mail: presse@vitako.de - www.vitako.de